



Der Eingang zur Berufsfachschule in Mitterfels. Bisher ist der Schule ein kleines Internat angegliedert.

Foto: Hochbauverwaltung Landratsamt

Internat sperrt doch noch nicht 2027 zu

Der Kreisausschuss soll die Internatsschließung erneut behandeln. Weil diese Woche aber schon der Infotag für die Anmeldung ist, hat der Kreistag noch zwei Jahre fest zugesagt.

Von Andrea Prechtl

Straubing-Bogen. Im Juli 2027 sollte Schluss sein mit dem Internat in Mitterfels: zu teuer. Das Defizit für die maximal zwölf Plätze beträgt derzeit rund 250.000 Euro im Jahr. Dass die der Berufsfachschule angeschlossene Einrichtung nicht mehr weiterbetrieben wird, hat der Kreisausschuss im Dezember entschieden. Neuer Stand seit der Kreistagsitzung am Montag: Das Internat schließt zwar möglicherweise, nicht jedoch schon 2027. Und der Kreisausschuss wird noch einmal neu abstimmen.

Es handelte sich um eine Sonder-sitzung des Kreistages, einberufen auf gemeinsamen Antrag der Fraktionen von Freien Wählern, Bündnis90/Grüne, ÖDP/PU und SPD. In diesem Antrag wurde Information gefordert, die Zuständigkeit des Kreisausschusses infrage gestellt, nach förderrechtlichen Auswirkungen gefragt sowie nach Auswirkungen auf den Fortbestand der Schule. Zudem wurde öffentliche Behandlung verlangt. Denn die Entscheidung des Kreisausschusses – der laut Geschäftsordnung durchaus das richtige Beschlussgremium ist – im Dezember hatte hinter verschlossenen Türen stattgefunden.

Info von Leiterinnen der Schule und des Internats

Kreiskämmerin Silke Raml hielt ihren Sachvortrag zur Lage des Internats diesmal also öffentlich. Einer Anmerkung von Martin Kreutz (SPD) zufolge handelte es sich um dieselben Angaben wie im Dezember, „ohne Bedenken, dass etwas nichtöffentlich hätte sein müssen – das ist Wasser auf unsere Mühlen“. Was hingegen offenbar anders war als damals: Schul- und Internatsleistungen waren in der Sitzung mit dabei. Hermine Eckl und Marion Alter wurde in der von Landrat Josef Laumer geleiteten Sitzung Rede-recht eingeräumt.

Und so war beispielsweise zu hören, dass es schwierig sei, eine Klasse mit nur fünf oder sechs Schülern zu beantragen, wie es aktuell im Zweig Ernährung und Versorgung der Fall ist. Gerade von Schülerinnen dieses Zweigs wird allerdings offenbar auch gerne das Internat genutzt, fürs laufende Schuljahr waren es fünf. Die anderen sieben waren vom Zweig Kinderpflege, der zu Schuljahresbeginn 75 Teilnehmende hatte. Während zu Schuljah-

resbeginn alle zwölf Internatsplätze belegt waren – ein Umstand, auf den etwa Christian Waas (ÖDP/PU) in der Sitzung ausdrücklich hinwies –, sind es derzeit noch neun. Die Zahl ändert sich, sobald Ältere den Führerschein machen, auch bestehen nicht alle die Probezeit.

Das Angebot ist eine freiwillige Leistung

Die Gesamt-Schülerzahlen sinken seit Jahren, Raml zufolge besuchten die Schule – eine Außenstelle der Marianne-Rosenbaum-Schule in Straubing – 2010/11 noch 177 Schülerinnen und Schüler, zu Beginn des laufenden Schuljahres waren es 102. Im gleichen Zeitraum sank die Zahl der Internatsschülerinnen von 40 auf 16 im Jahr 2023/24. Seit dem Umbau gibt es nur noch zwölf Plätze.

Rund 70 Prozent Anteil am Defizit fürs Internat haben die Personalkosten. Am Personal sparen, wenn man das Internat beibehalten will, kann man aber nicht: Die Regierung macht hier verpflichtende Vorgaben. – Das Internat ist ein Angebot aus dem Bereich der Jugendhilfe, es handelt sich jedoch um eine freiwillige Leistung.

Vermutlich ist Mitterfels die einzige derartige Schule mit Internat, andere Standorte sind aber verkehrstechnisch besser erreichbar. Die Internatsschülerinnen kommen aus zum Teil recht weit entfernten Landkreisen. Laut Internatsleiterin haben nicht alle Eltern die Möglichkeit, ihr Kind täglich zur Schule und zurück zu fahren, ohne Internat „suchen die sich dann eine andere Ausbildung“.

Künftig privatrechtliche Vermietung der Zimmer?

Es war im Zuge des Dezember-Beschlusses die Idee aufgekommen, weiterhin eine Wohnmöglichkeit anzubieten, die Räume des jetzigen Internats könnten – nach Umbaukosten von etwa 10.000 Euro – privatrechtlich vermietet werden. Allerdings haben die Schülerinnen ein Alter von 15 bis 17 Jahren. Martha Altweck-Glöbl (ÖDP/PU) warnte, was da alles passieren könne, möglicher Alkoholmissbrauch darunter noch das Harmloseste. „Und wer ruft dann den Notarzt?“

Marion Alter gab zu bedenken, dass im Internat zudem oft Schülerinnen seien, die von einer Förderschule kämen oder Teilleistungstö-

rungen hätten, „wir haben niemanden von der Realschule“. Die Mädchen brauchten Strukturen und Unterstützung nicht nur beim Lernen, sondern auch bei der Bewältigung des Alltags. Im Internat sind die Schülerinnen in Doppelzimmern untergebracht.

Nach langen Debatten entstand im Kreistag zunächst die Idee, beim Anmelde-Infotag am Freitag die Eltern, die einen Internatsplatz wünschen, zu fragen, ob sie ihr Kind auch ohne einen solchen in Mitterfels anmelden würden und das Thema im Kreisausschuss erneut zu besprechen. Jedoch wären mit der Befristung bis Juli 2027 möglicherweise viele schon vergrault, weswegen Anita Karl (Bündnis90/Grüne) den Antrag stellte, diese Zeit von einem auf zwei Jahre zu verlängern.

Woraufhin es zu neuen Debatten kam, nämlich darüber, ob der Antrag dringlich sei, denn nur über einen solchen kann sofort abgestimmt werden. Letztlich wurde er so eingestuft und – bei zwei Gegenstimmen – zur Behandlung zugelassen. Inhaltlich waren dann 27 dafür, 20 dagegen. Somit kann den an der Schule Interessierten das Internat nun noch für zwei Jahre versprochen werden. Erneut mit dem The-

ma befassen wird sich der Kreisausschuss in einer Sitzung, für die Ewald Seifert (CSU) noch konkretere Angaben zum Hintergrund der Schülerinnen im Einzelfall forderte.

Bei einer Schließung ist die Förderung zurückzuzahlen

Der Internatsstopp wäre förder-schädlich. Die rund 135.000 Euro, mit denen der Umbau gefördert wurde, müssten wohl, zumindest anteilig, zurückgezahlt werden. Allerdings ist der Betrag niedriger als das jährliche Defizit. Was das Internatspersonal angeht, so würden die Betroffenen innerhalb der Landkreisverwaltung anderweitig eingesetzt; man müsse dann weniger Aufträge an externe Dienstleister vergeben, lautete die Aussage dazu.

Eine andere Rechnung machte Ludwig Waas (Freie Wähler) auf: Als er hörte, wie durch das Internat junge Menschen erfolgreich ins Arbeitsleben begleitet werden, die sonst vielleicht scheiterten, empfand er den aufgewendeten Betrag gleich als nicht mehr ganz so hoch, denn: „In der Jugendhilfe haben wir Defizite in derselben Höhe zum Teil für Einzelpersonen.“ – Dort ist es eine Pflichtaufgabe.

KOMMENTAR

Gerät die Schule in Gefahr?

War das nun Wahlkampf? War es gelebte Demokratie? Am Ende wusste man es nicht so recht. So viele Kreistagsmitglieder wie am Montag haben sich bisher jedenfalls wohl noch nie in einer einzigen Sitzung zu einem einzigen Thema zu Wort gemeldet. Am Ende wurde ein aus Sparwille – das Geld in der Landkreiskasse wird nicht mehr – gefasster Beschluss erneut zur Diskussion gestellt.

Ja, es gab zusätzliche Information, die beim ersten Mal dem Gremium offensichtlich fehlte. Den Beschluss gefasst hat es damals trotzdem. Als Beobachter denkt man sich: War das dann nicht zu früh, zu rasch, zu unbedacht?

Auch wurden Schule und Internat gerade erst für viel Geld umgebaut, die Zahl der Plätze im Internat auf zwölf begrenzt; 2021,

als dieser Beschluss fiel, war der hohe Personalaufwand für den Betrieb durchaus bekannt. Hatte man 2021 wirklich noch so viel mehr Geld? Warum fiel der Beschluss zum Zusperrern folglich nicht schon damals?

Nun also die Idee, man könne 15-Jährige vollkommen auf sich gestellt wohnen lassen. – In diesem Alter darf man alleine noch nicht einmal Bier trinken. Vermutlich würden die Eltern abwinken: Dann lernt die Tochter halt einen anderen Beruf.

Kann dadurch der Schulstandort in Gefahr geraten? Wenn man sieht, dass der Zweig Ernährung und Versorgung mit insgesamt nur 27 Jugendlichen in drei Jahrgangsklassen gestartet ist und fünf dieser Schülerinnen das Internat in Anspruch nahmen, erscheint das zumindest für diesen durchaus möglich. Andrea Prechtl